

Römisch-katholische Kirche lehnt Verbot nichtchristlicher Religionen ab

Port Moresby/Papua-Neuguinea, 22.07.2013/APD Das Parlament von Papua-Neuguinea habe eine Forderung nach einer Volksbefragung zum Thema Religionsfreiheit und zum „Verbot nichtchristlicher Religionen“ gebilligt, wie „Fidesdienst“, Presseorgan der Päpstlichen Missionswerke, mitteilte. Die Anfrage hätte vor allem christliche Gemeinden in Papua-Neuguinea bestürzt.

Ein Referendum dieser Art wäre für die römisch-katholische Kirche „absurd und erschreckend“, so der Sprecher der Bischofskonferenz von Papua Neuguinea und den Salomonen, Pfarrer Giorgio Licini, in einer Verlautbarung, die dem „Fidesdienst“ vorliege. Die Kirche habe sich stets für die Religionsfreiheit als Grundlage aller Freiheitsrechte eingesetzt. „Allein die Debatte über ein Verbot anderer Religionen widerspricht im 21. Jahrhundert den in vielen Jahrzehnten erzielten Fortschritten im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte“, heiße es in der Verlautbarung weiter. Außerdem diskriminiere es Bürger auf der Ebene des persönlichen Glaubens, der kein Grund zur Diskriminierung sein dürfe.

Das Christentum könne als eine Art von kultureller Identität des modernen Papua-Neuguinea und seiner 850 Stämme und Völker bezeichnet werden, so die Stellungnahme. Doch man dürfe nie vergessen, dass wahrer Glaube weit über die Bestimmungen einer Verfassung und über alltägliche Riten sowie Praktiken hinausgehe. „Man darf niemandem verbieten, den eigenen Glauben frei zu bekennen und dies sowohl in privater als auch in

öffentlicher Form.“

Laut „Fidesdienst“ habe der Sprecher der Bischofskonferenz von Papua Neuguinea in Bezug auf die institutionellen Mechanismen erklärt: „Es ist positiv, dass das Parlament in gewissen Fällen eine Volksbefragung vorsieht, wie zum Beispiel im Fall der Todesstrafe. Und es ist auch positiv, dass sich unsere Volksvertreter mit den von der Verfassung garantierten christlichen Prinzipien auseinandersetzen. Doch authentischer christlicher Glaube kann nicht mit dem Verbot anderer Religionen durchgesetzt werden.“

Die parlamentarische Anfrage sei von Anderson Agiru, Gouverneur der Provinz Hela, vorgelegt worden. Nach deren Billigung im Parlament würden der Minister für Gemeinschaft und die Kommission für Verfassungsrevision eine gemischte Arbeitsgruppe mit der Erstellung eines Textentwurfs für die Volksbefragung beauftragen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!